

Berlin, 24. Juli 2015

Liebe Mitglieder, liebe Freunde der NGfP,

Unser nächster Kongress kann trotz widriger Umstände nun doch im März nächsten Jahres stattfinden. „Migration und Rassismus“ lautet das Kongressthema. Wie gewohnt treffen wir uns Anfang März, genauer vom 3. Bis 6. März, in Berlin, allerdings nicht wie bisher in der Freien Universität. Allen Protesten zum Trotz verlangt die FU von uns auch für den nächsten Kongress gut 6.000 Euro für Miete und Technik. Miete an die FU wollen wir aus politischen Gründen nicht zahlen und solche Summen können wir finanziell auf Dauer auch nicht für die Räumlichkeiten unserer Veranstaltungen aufbringen.

Der Vorstand hat allerdings eine günstige Alternative gefunden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat uns eingeladen, den nächsten Kongress in Ihren Räumen auszurichten. Sie bietet uns ihre Räumlichkeiten kostenlos an. Wir haben im Einladungsflyer zu erwähnen, dass der Kongress von der Stiftung unterstützt wird. Es bleibt ein alleiniger Kongress der NGfP, die weiterhin frei über Inhalte und Ablauf während der drei Tage bestimmt. Ein parteipolitisches Bekenntnis ist mit dem Wechsel der Räumlichkeiten somit nicht verbunden und wird von unserem Gastgeber auch keineswegs verlangt. Klar ist dabei auch, dass die Stiftung uns hilft, weil sie geplanten Kongress zu „Migration und Rassismus“ thematisch für unterstützungswert hält.

Der Vorstand hat kontrovers über einen möglichen Ortswechsel diskutiert. Dabei sprach vor allem der Anspruch der NGfP, die Wissenschaft Psychologie politisch zu wenden und Studierende für diese Haltung zu gewinnen, gegen einen Kongress außerhalb der Universität. Allerdings hätten wir bei einem Verbleib in der FU akzeptieren müssen, dass die Universitätsleitung für kritische Wissenschaft dort längst keinen Platz mehr sieht. Wir hätten Miete zahlen müssen wie viele Verbände, die ein Wochenende lang FU-Räume nutzen. Auch in der Hoffnung, dass sich das studentische Milieu Berlins mittlerweile weit mehr in Mitte, Neukölln oder Friedrichshain zuhause fühlt, als in Dahlem, hat sich der Vorstand dann entschieden, dass großzügige und freundliche Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung anzunehmen, die schließlich in Berlin-Friedrichshain unweit des Ostbahnhofs beheimatet ist.

Leider heißt das nun auch, dass unsere Proteste gegen die Gebühr von 6.000 Euro, die wir ja schon beim letzten Kongress der Freien Universität zahlen mussten, letztlich erfolglos geblieben sind. Zur Erinnerung: Die TeilnehmerInnen unseres letzten Kongresses hatten und einen Protestbrief an das Präsidium der FU geschrieben, mit der Bitte, die Mietforderungen zurückzunehmen:

„Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben mit großem Befremden vernommen, dass das Präsidium der FU dieser Veranstaltung, der inzwischen 7. der jährlichen Tagungen der NGfP, erstmalig den Status als Lehrveranstaltung und damit die kostenlose Nutzung der Räumlichkeiten der FU verweigert hat.

Erfreulicherweise sind rund die Hälfte der mehr als 150 TeilnehmerInnen der Veranstaltung Studierende, die aufgrund der – trotz dieser finanziellen Mehrbelastung – für sie besonders günstig gehaltenen Tagungsbeiträge die Gelegenheit eines erweiterten Lehrangebots wahrgenommen haben. Gerade sie hatten großes Interesse an der in ihren offiziellen Lehrveranstaltungen unterrepräsentierten Beziehung zwischen psychischen Phänomenen und gesellschaftlichen Bedingungen und wollen sich zukünftig noch aktiver in die Tagungen der NGfP einbringen. Durch das hochkarätige Programm der diesjährigen Tagung hatten die Studierenden darüber hinaus die Gelegenheit, eine große Zahl

nationaler und internationaler VertreterInnen unterschiedlicher theoretischer Konzeptionen kennen zu lernen.

Alle TagungsteilnehmerInnen haben mit großem Dank und Anerkennung das hohe Niveau sowohl der Vorträge und Arbeitsgruppen als auch der Diskussionen dieser ausgezeichneten, interdisziplinären und internationalen Tagung gewürdigt. [...]

Sollte die FU die Mietforderungen aufrechterhalten, würde dies die Durchführung vergleichbarer Veranstaltungen in Zukunft gefährden. Damit würde die FU dem in ihrem eigenen Selbstverständnis verankerten offiziellen gesellschaftlichen Bildungsauftrag und ihrem Gründungsethos, Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden verpflichtet zu sein, nicht mehr nachkommen. [...]

Dies würde einen großen Verlust an kultur- und gesellschaftskritischer Auseinandersetzung an der FU bedeuten und Wissenschaft entgegen den Gründungsgedanken der FU aus ihren gesellschaftlichen Bezügen wieder in den Elfenbeinturm zurück verweisen.

Ein wichtiger Gesichtspunkt der Tagung galt den negativen Auswirkungen neoliberaler Politik auf gesellschaftliche Einrichtungen. Der Verdacht, dass die neue Vorgehensweise der FU auch unter diesem Aspekt zu verstehen ist, sollte vom Präsidium der FU ausgeräumt werden, um der offiziellen Selbstdarstellung ‚daher bleibt die Freie Universität auch im 21. Jahrhundert ihrem Gründungsgedanken treu, indem sie ihn zum Leitfaden ihrer Zukunftsgestaltung macht‘, gerecht zu werden.[...]“

Den in dem Brief angesprochenen Verdacht, dass die FU selbst an der neoliberalen Politik der Ökonomisierung aller Lebensbereiche mitwirkt, hat die Universitätsleitung nicht ausräumen wollen. Sie blieb bei Ihrer Gebührenforderung von rund 6.000 Euro für unseren nächsten Kongress, obwohl wir diesen zwischenzeitlich sogar gemeinsam mit dem AStA der FU und der Fachschaft Psychologie organisieren wollten.

Der Vorstand griff das Angebot des AStA auf, gemeinsam mit der Fachschaft Psychologie den nächsten Kongress durchführen. Die NGfP wollte als Kooperationspartner ihr bisheriges Wissen und Knowhow beisteuern. Doch die Leitung der FU verlangte selbst von AStA und Fachschaft die Gebühren für die Raumnutzung. Das ist ein unerhörtes weiteres Novum in der Geschichte der Universität. Die geplante Zusammenarbeit mit AStA und Fachschaft sollte deutlich machen, dass der Kongress auch ein Bildungsangebot an Studierende der FU ist. Wir müssen konstatieren, dass die Unileitung an von einem kritischen Wissenschaftsverständnis getragenen Bildungsangeboten kein Interesse hat und Sie durch Gebührenforderungen von der Universität fernzuhalten sucht.

Dass der Kongress nun trotzdem zur geplanten Zeit, wenn auch an einem anderen Ort stattfinden kann, verdanken wir der Solidarität der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir können der Stiftung an dieser Stelle nur herzlich für ihre großzügige Unterstützung danken. Die Neue Gesellschaft für Psychologie kann mit dieser Unterstützung weiter von einem kritischen, reflektierten Wissenschaftsverständnis getragene Kongresse und Tagungen organisieren, so wie es satzungsgemäß ihre Aufgabe ist.

Wir laden Euch alle zu unserem nächsten Kongress an einem Ort ein, an dem wir willkommen sind.

Der Vorstand der Neuen Gesellschaft für Psychologie
Klaus-Jürgen Bruder, Christoph Bialluch, Jürgen Voges